A-AP

Antrag

Initiator*innen: Jusos Lausitz, Jusos Sächsische Schweiz/Osterzgebirge, Jusos Meißen, Jusos Dresden, Jusos Nordsachsen, Jusos Leipzig, Jusos Leipzig Land, Jusos Chemnitz, Jusos Zwickau, Jusos Mittelsachsen

Titel: **Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen 2021-2022**

Antragstext

Die Jusos in der SPD Sachsen sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Verband. Wir engagieren uns in Sachsen gesellschaftlich und politisch im Sinne dieser Grundwerte. Unsere Mitglieder glauben daran, dass die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht unumstößlich sind. Meckern reicht ihnen aber nicht – mit ihrem Engagement wollen sie dazu beitragen, die Gesellschaft zu verbessern. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, die von Rassismus und Sexismus durchzogen ist. Diesen Zustand wollen wir überwinden.

Die Corona-Pandemie hat 2020 geprägt wie kein anderes Ereignis und auch unsere Arbeit deutlich erschwert. Noch ist nicht abzusehen, wann wir wieder zu einem „normalen“ Verbandsleben wie vor der Pandemie zurückkehren können. Aber wir lassen uns davon nicht entmutigen und kämpfen auch unter veränderten Bedingungen weiter für die Dinge, die uns wichtig sind.

Corona hat uns gezeigt, wo in Sachsen sowie im Verband Herausforderungen liegen, die dringend angegangen werden müssen. Nicht zuletzt steht mit der Bundestagswahl im September eine Richtungswahl an, bei der wir für Mehrheiten links der Union kämpfen wollen und möglichst viele junge, progressive Menschen in den Bundestag helfen wollen. Auch wenn die kommenden Monate von der Corona-Pandemie und dem Wahlkampf geprägt sein werden, heißt dies nicht, dass wir Themen, die uns am Herzen liegen, vernachlässigen dürfen.

Themen und Ziele

Wir kämpfen gegen Rechtsextremismus, Faschismus und rassistische Diskriminierung.

Wir sind dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und jede Form von Diskriminierung verpflichtet. Sachsen ist schon seit Jahren nicht nur ein Hotspot rechter Gewalt, sondern auch eine der wichtigsten Anlaufstellen für rechtspopulistische bis -extreme Aufläufe, Demonstrationen und Festivals. Solchen Veranstaltungen wie auch ihrer Unterstützung durch Polizei und Behörden stellen wir uns mit all unserer Macht und Kreativität entgegen. Wir kämpfen als selbständiger politischer Verband und als Mitglied in linken Bündnissen für eine starke und widerstandsfähige Demokratie und eine inklusive Gesellschaft. Um das Bewusstsein dafür zu stärken, welche Konsequenzen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus in der Vergangenheit hatten, wollen wir das Projekt einer Gedenkstättenfahrt aktiv verfolgen.

Wir tragen den Feminismus in alle Winkel des Verbands.

Als feministischer Verband ist es unsere Pflicht, unsere feministischen Positionierungen ständig zu erweitern und umzusetzen. Das Jahr 2020 hat nicht zuletzt die Diskussion um reproduktive Arbeit in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Weltweit protestieren Frauen für ihre Rechte, bereits Erkämpftes muss immer wieder verteidigt werden. Auch in der Bundesrepublik sind Frauen nach wie vor noch lange nicht gleichgestellt. Unser Anspruch ist es, durch politische Bildungsarbeit und Veranstaltungen unseren Verband feministisch weiterzubilden, stets an unserer Beschlusslage zu arbeiten, Frauen zu empowern und alle Mitglieder für Ungerechtigkeiten zu sensibilisieren. Im letzten Jahr haben wir uns digital mit einem Einstieg in die feministische Theorie beschäftigt, gemeinsam mit der ASF das Thema Prostitution und Sexarbeit diskutiert und einen ersten Grundstein für eine verbandsweite Diskussion gelegt. Wir wollen auch in der kommenden Legislatur weitere Diskussionsformate und Online-Workshops anbieten, um mehr Facetten dieser und anderer Fragen zu diskutieren. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren erneut unseren Feminismuskongress auflegen und uns mit feministischen Themen aller Art auseinandersetzen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit der ASF weiterhin vorangetrieben werden. Wir wollen auch weiterhin Awareness-Strukturen verbessern und schaffen, sodass wir auf allen Veranstaltungen des Landesverbandes ein Awareness-Team zur Verfügung stellen können. Langfristig ist es unser Ziel, auch auf Unterbezirksebene gute Awareness-Strukturen zu etablieren und die Unterbezirke bei Awareness- und Feminismusfragen zu unterstützen.

Wir überzeugen das ganze Land davon, wie wichtig der soziale Staat ist.

Mit ihrem Beschluss: „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ ist die SPD vor einem Jahr einen weiteren, wichtigen Schritt zur Überwindung von Hartz IV gegangen und hat die Weichen für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik gestellt. Diesen programmatischen Erfolg lohnt es sich, zu feiern! Wir müssen diesen Beschluss diskutieren, damit er in unserem Verband bekannter wird und wir in der Lage sind, auch andere Menschen von unseren Positionen zu überzeugen. Doch wir dürfen uns nicht darauf ausruhen. Wir müssen weiter daran arbeiten, den Staat sozialer zu machen – und gerade als junge Generation dürfen wir nicht vor der Frage zurückscheuen, wie sich der Sozialstaat finanziert. Wir werden dazu beitragen, dass unsere Mitglieder besser verstehen, wie Steuern und Sozialabgaben funktionieren und gemeinsam diskutieren, wie wir sie so reformieren können, dass starke und schwache Schultern jeweils so viel schultern, wie sie können. Doch auch darüber hinaus braucht es radikale Ideen, um das bisherige neoliberale Verständnis von Arbeit zu überwinden. Wir wollen die Fragen beantworten: Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus?

Wir stehen Seit’ an Seit’ mit den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften des DGB waren schon immer, und sind auch heute, unverzichtbar im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, faire Löhne. Als Akteur:innen in der Zivilgesellschaft stellen sie sich klar gegen Faschismus und Krieg. Die Corona-Krise hat nochmals gezeigt, wie wichtig starke Gewerkschaften für die unternehmerische Mitbestimmung sind. Den Herausforderungen, die durch Jobverlust, Kurzarbeit und Homeoffice für Arbeitnehmer:innen entstehen, kann nur mit einem solidarischen Eintreten füreinander begegnet werden. Wir als Jusos Sachsen stehen solidarisch an der Seite der Gewerkschaften, wenn es um die Rechte von allen Arbeitnehmer:innen und Auszubildenden geht. Die Gewerkschaften des DGB sind für uns wichtige Bündnispartner:innen für den inhaltlichen Austausch rund um Themen wie Mitbestimmung, Wirtschaft, Arbeit und Gleichstellung im Beruf. Wir möchten die Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften, die uns inhaltlich nahestehen, ausbauen und vertiefen. Dafür ist ein regelmäßiger Austausch auf Veranstaltungen mit Vertreter:innen der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalrät:innen und Jugend- und Auszubildendenvertreter:innen notwendig. Wir wollen einen Gewerkschaftskongress durchführen, auf dem wir uns über die Herausforderungen für Gewerkschaften in Sachsen austauschen und unsere Mitglieder informieren, wie betriebliche Mitbestimmung in der Praxis aussieht.

Wir übernehmen Verantwortung in Netzwerken und Bündnissen.

Wir begreifen uns nicht zuerst als Jugendverband einer politischen Partei,

sondern als selbstständige gesellschaftspolitische Akteurin mit dem Anspruch, eigenständig Positionen zu erarbeiten und zu vertreten. Unsere Ziele erreichen wir unmittelbar auf dem parlamentarischen Weg in Zusammenarbeit mit unserer Mutterpartei, der SPD, mittelbar jedoch auch durch unsere aktive Rolle als eigenständige und anerkannte Akteurin im linken politischen Spektrum von Vereinen, Verbänden und Bündnissen Sachsens. Es ist insbesondere diese Netzwerkarbeit, der wir unseren politischen Einfluss zu verdanken haben, der heute bundesweit so stark ist wie lange nicht mehr. Gleichzeitig haben Bündnisse wie „Leipzig nimmt Platz“ und „Dresden Nazifrei“ bewiesen, wie stark die gesellschaftliche Linke ist, wenn alle ihre Akteurinnen, wie Vereine, Gewerkschaften und Parteien, gemeinsam an einem Strang ziehen. Unsere Mitarbeit in lokalen und regionalen Bündnissen zu pflegen und weiter auszubauen ist uns aus diesem Grund ein Anliegen. Daher werden wir unsere Mitarbeit in lokalen und regionalen Bündnissen pflegen und weiter ausbauen. In vielen Bündnissen, in denen wir mitwirken, sind wir für unsere personelle und finanzielle Stärke sowie für unsere politische und aktivistische Erfahrung geschätzt. Daher werden wir unsere Mitglieder ermutigen, sich in diesen Bündnissen aktiv einzubringen. Als Verband können wir diese Arbeit aktiv fördern, indem wir einen internen Dialog zu erfolgreicher Bündnisarbeit anregen um einen Erfahrungsaustausch zwischen langjährig aktiven Bündnisarbeiter:innen ebenso wie einen Erfahrungstransfer hin zu neu-aktiven zu ermöglichen.

Wir teleportieren unsere Partei ins digitale Zeitalter – Lochkarte um Lochkarte

Wir sehen in allen Bereichen, wie die Digitalisierung Einzug in das Leben und in den Alltag hält. Sei es im digitalen Studium, beim Online Shopping oder beim digitalen Freund:innen treffen während der Corona-Pandemie. Wir wollen diesen Wandel mitgestalten. Wir stehen den Veränderungen im digitalen Bereich offen gegenüber, jedoch braucht es auch an dieser Stelle Regeln. Wir kämpfen für Netzneutralität und die Demokratisierung des Internets. Wir wollen die Fragen beantworten: Wie sieht für uns der digitale Raum der Zukunft aus? Nach welchen Regeln funktioniert er? Wie funktioniert digitale Demokratie und wie nicht? Im Jahr 2021 wird die Aussage der Kanzlerin, dass das Internet für uns Alle Neuland sei, bereits 8 Jahre alt. Leider gilt für das politische Parkett die Aussage bis heute fort. Parteiübergreifend sind sich Politiker:innen darüber einig, dass Digitalisierung eines der wichtigsten Themen überhaupt ist. Doch wie genau das Thema bearbeitet werden soll, bleibt durch die Bank weg – auch in der SPD – unbeantwortet. Als Jusos ist es uns ein Anliegen, die Netzpolitik der SPD auf einen zeitgemäßen Stand auf der Basis unserer Grundwerte zu heben. Das bedeutet insbesondere den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Qualifikation des Individuums im informationstechnischen Kontext und der Schutz vor negativen Einflüssen durch den Staat, der Wirtschaft und kriminellen Bestrebungen. Statt neue Technologien für immer mehr Überwachung und digitale Kriegsführung einzusetzen, wollen wir damit Politik transparenter gestalten und mehr

Mitwirkung ermöglichen. Wir werden unsere Beschlusslage in dem Bereich konsequent erweitern, diese in die SPD tragen, ein entsprechendes Qualifikationsprogramm für Interessierte auflegen und dazu beitragen, dem Thema öffentlich eine höhere Bedeutung zukommen zu lassen.

Wir stellen uns der größten sozialen Krise unserer Zeit.

Die Klimakrisenbewältigung darf nicht nur ein Thema der explizit grünen Parteien sein, denn sie ist kein Nischenthema, sondern eine existenzielle Krise, die uns alle betrifft. Ihre akute Dringlichkeit zwingt jede Partei dazu, eine dezidierte Lösungsstrategie zu erarbeiten und zur gesamtgesellschaftlichen Diskussion und Umsetzung vorzulegen. Wir haben in der Corona-Pandemie gesehen, wie schnell Politik handeln kann, wenn der Wille dazu gegeben ist. Ähnlich entschlossene Schritte erwarten wir nun erst recht, wenn es um das Überleben aller folgenden Generationen auf diesem Planeten geht. Deshalb richten wir uns mit der Forderung, die Klimakrise ernst zu nehmen und sie schnellstmöglich zu überwinden, direkt an unsere Mutterpartei und an alle Menschen in verantwortlichen Positionen auf diesem Gebiet. Wir werden nicht umhinkommen, unsere Wirtschafts- und Lebensweise umzustellen. Aber: Wir müssen den sozialen Aspekt dieses Wandels stets mitdenken. Den Preis für den Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität dürfen nicht diejenigen zahlen, die am wenigsten am CO_2-Ausstoß beteiligt sind. Die reichsten 10% der Menschheit sind verantwortlich für 50% der globalen Emissionen. Es ist essenziell, sich diesen Umstand vor Augen zu führen, wenn in rassistischer Weise bestimmten Teilen der Erde eine „Überpopulation“ vorgeworfen und damit die Schuld an der Klimakrise zugeschoben wird. An dieser Stelle Gerechtigkeit, Sozialverträglichkeit und das Ende von Ausbeutung einzufordern, ist insbesondere Aufgabe der Jusos und der SPD. Das gilt aber lokal ebenso wie global: Wir wollen in Sachen Klimakrise für eine gerechte Kostenverteilung kämpfen und einem Nachhaltigkeits-Shaming gegenüber Geringverdiener:innen keinen Platz einräumen. Eine wichtige Aufgabe der SPD sehen wir auch darin, Menschen in umweltverträgliche Arbeit zu bringen und ihnen den Wechsel in ihr neues Verantwortungsgebiet so leicht wie möglich zu machen. Deshalb setzen wir uns konsequent für die programmatische Weiterentwicklung der SPD und die fortlaufende Qualifizierung unserer Mitglieder zu diesen Themen ein.

Wir machen zusammen Druck – denn wir schützen nicht das Klima, wir schützen uns!

Öffentlichkeitswirksam müssen wir uns mit unseren linken Bündnispartner:innen und Umweltinitiativen hinter die wissenschaftlich fundierten Maßnahmen stellen und gemeinsam für ihre sofortige Umsetzung kämpfen. Dazu gehört der Ausbau der erneuerbaren Energieträger, der sofortige Kohleausstieg, der Schutz von Lebensräumen und Artenschutz, eine faire und angemessen steigende CO_2-Bepreisung, eine Mobilitätswende sowie ein Wirtschaftssystem, welches auf

Suffizienz statt auf Wachstum fußt. Uns ist bewusst, dass diese Krise nur gelöst werden kann, wenn sie als solche anerkannt wird. Deshalb muss die sachliche und ungeschönte Realität Einzug in die breite Gesellschaft und in die Bildungslandschaft Deutschlands finden, damit sich der Handlungswille auch in den Wahlergebnissen und im Druck durch die Bevölkerung auf die Regierungen widerspiegelt. Entscheidungsträger:innen sollen sich nicht mehr hinter schönen Plänen verstecken dürfen, die erst für eine weit entfernte Zukunft gelten. Es muss Schluss sein mit einer Zerstörung des Planeten, für die die nachkommenden Generationen aufkommen müssen und an der einige wenige unverhältnismäßig viel verdienen. Die Kosten, die für die Gesellschaft entstehen, müssen sichtbar gemacht werden und dürfen nicht mehr als Kollateralschäden hingenommen werden. Rechtzeitig muss verbandsintern und extern über die Folgekrisen gesprochen werden, von denen wir nicht mehr so weit entfernt sind, wie wir es uns wünschen würden. Über Lösungen für Dürren und Wassermangel, Flucht, Ressourcenknappheit, Zerstörung durch Stürme und Überflutungen sowie drohende soziale Unruhen müssen wir diskutieren. Glaubhaft können wir in diesem Prozess nur sein, wenn wir auch unser eigenes ökologisches Handeln reflektieren und mit gutem Beispiel vorangehen. Auch der Fußabdruck unseres Verbands soll deshalb kritisch hinterfragt werden und Gegenstand von Debatten sein dürfen, ohne dabei die entscheidenden politischen Ziele aus den Augen zu verlieren.

Wir lassen unseren Horizont nicht an der Landesgrenze enden und stärken unsere internationale Arbeit.

Als internationalistischer Verband spielt auch die internationale Arbeit für uns eine große Rolle. Wir wollen an der Entwicklung internationaler Politik teilhaben und sie mitgestalten. Wir kämpfen an der Seite unserer Schwesterorganisation für internationale Gerechtigkeit und ein weltweites solidarisches Miteinander. Unter dem Eindruck der Entwicklungen der letzten Jahre gilt unsere Solidarität vor allem auch denjenigen, die in der Europäischen Union gegen die zunehmende Re-Autokratisierung in z.B. Polen oder Ungarn kämpfen. Wir müssen in Zukunft das Thema Europa und unsere Vision einer Zukunft für die EU stärker im Verband verankern. Auch darüber hinaus werden wir in Zukunft mehr Veranstaltungen und Workshops zum Thema internationale Arbeit umsetzen, um unseren Verband inhaltlich noch stabiler aufzustellen und so eine Grundlage für weitere Diskussionen und zukünftige Beschlüsse zu schaffen.

Wir rücken den ländlichen Raum wieder ins Blickfeld.

Als Flächenland hat Sachsen neben den drei urbanen Räumen Dresden, Leipzig und Chemnitz auch viele Landkreise, die stark ländlich geprägt sind. In diesen Räumen existieren andere Herausforderungen als im städtischen Kontext. Neben fehlender Infrastruktur und Arbeitsplatzsicherheit bereitet vor allem der Wegzug

junger Menschen große Probleme. Zu einer funktionierenden Infrastruktur gehören nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, regelmäßige und umweltverträgliche Verkehrsanbindungen sowie eine vollumfängliche medizinische Versorgung, sondern auch Schutzräume wie beispielsweise Frauenhäuser oder Flüchtlingsunterkünfte sowie interkulturelle Begegnungsräume und Kulturangebote für alle Altersgruppen. Viele Fragen drängen sich dabei auf: Wie kann das Leben im ländlichen Raum der Zukunft aussehen? Wie schaffen wir Voraussetzungen, um junge Menschen auf dem Land halten zu können? Wie können wir die Transformationsprozesse dort unterstützen? Wir wollen uns stärker mit den Problemen des Lebens im ländlichen Raum auseinandersetzen und uns auf die Suche nach adäquaten Lösungsstrategien begeben.

Wir erträumen uns ein Bildungssystem der Zukunft – und machen uns dann an die Umsetzung.

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen haben Probleme verdeutlicht, auf die wir schon seit Jahren hinweisen. Die Schulen sind in ihrer Ausstattung näher an der Kreidezeit als am digitalen Zeitalter. Vor allem finanziell schwächere Familien können sich die erforderliche Ausstattung ihrer Kinder mit digitalen Endgeräten kaum leisten. Aber wir dürfen nicht bei der Frage der Hardware enden. Wir müssen auch die Folgefrage stellen und diskutieren: Wie sieht langfristig ein Unterricht aus, der sich die Digitalisierung zu Nutze macht? Und wie muss das Bewertungssystem verändert werden, um näher an das Ziel gleicher Chancen für alle zu gelangen? Beim Thema Bildung haben wir Jusos schon eine umfangreiche Beschlusslage. Aber uns fehlt oft der Mut, über den bestehenden Rahmen hinaus zu denken. Wenn wir unser Bildungssystem vollkommen neugestalten könnten, wie sähe es aus? Wir wollen in einer Projektreihe klären, wie diese Utopie aussieht. Hierfür wollen wir die Projektgruppe Bildung reanimieren und als Plattform nutzen, um Veranstaltungen zu organisieren und mindestens ein Verbandswochenende durchzuführen.

Struktur

Wir prägen die SPD, mit Inhalten und Personen.

Wir stehen kritisch-solidarisch an der Seite der SPD. Das bedeutet für uns konkret: Wir kämpfen innerhalb der SPD für unsere Überzeugungen und versuchen sie in Programmatik und Personal umzusetzen. Wir verstehen uns als linkes Korrektiv und kämpfen für einen klaren internationalistischen, feministischen und antifaschistischen Kurs innerhalb der SPD. Die SPD in Zukunft wieder stärker zum Motor für Veränderungen werden. Daher wollen wir uns auch einmischen und mit unseren Zukunftsvisionen die Programmatik der SPD prägen. Wir können nur

gemeinsam mit der SPD gesellschaftliche Veränderungen erzeugen. Deswegen kämpfen wir für eine möglichst starke SPD in Wahlen und der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Gleichzeitig fordern wir unsere Beteiligung bei Ämtern und Mandaten ein. Wir haben in der Vergangenheit häufig unseren Anspruch deutlich gemacht. Nun gilt es, ihn durchzusetzen. Gegenwärtig ist weder unter den Abgeordneten des sächsischen Landtags noch den Bundestagsabgeordneten eine Person unter 35. Das ist für uns unbefriedigend.

Wir fördern die Frauen* in unseren Reihen, weil es selbstverständlich sein sollte, es aber nach wie vor nicht ist.

Es ist beschämend, dass wir als feministischer Verband weiter bei einem Männeranteil von 75% verharren. Es muss uns gelingen, politisches Engagement auch für Frauen* einladender zu gestalten. Wir werden unsere Gliederungen ermutigen, ihre Veranstaltungsformate dahingehend zu prüfen, ob sie für Menschen aller Geschlechter attraktiv sind und werden ihnen das dafür notwendige Werkzeug in die Hand geben. Wir werden in Zusammenarbeit mit der ASF Sachsen weiter an der inhaltlichen Stärkung unseres feministischen Profils arbeiten und unsere Mitglieder feministisch empowern, fortbilden und sensibilisieren. Wir wollen vermehrt auch Angebote und Safe-Spaces für Menschen einzelner Geschlechter anbieten. Insbesondere bei der Besetzung von Vorständen misslingt es uns allzu oft, unsere selbstgesteckte Frauen*-Quote zu erreichen. Vorstandsarbeit ist jedoch sowohl Vorbildsarbeit als auch ermächtigende Arbeit. Wenn sich die bisherige weiche Quote nicht bewährt, werden wir mittelfristig nicht umhinkommen, auf eine härtere Quote umzusteigen. Wir setzen uns weiterhin für eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Sprache ein und tragen dazu bei, dass sie auch über unseren Verband hinaus, insbesondere in allen Bereichen der SPD, selbstverständlich wird.

Wir bündeln die vielfältige Expertise unserer Mitglieder.

Wir sind ein Sammelbecken junger Menschen mit verschiedensten Interessen und vielfältiger Expertise. Wir möchten den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich als Expert:innen in die Ausarbeitung von Inhalten einzumischen. Dafür werden wir mit der Mitgliedschaft in Kontakt treten, um mögliche Expert:innen in den Themengebieten Bildung, Netzpolitik, Arbeit/Ausbildung, Umwelt, Gewerkschaften zu finden. Sie können bei der inhaltlichen Planung von Veranstaltungen sowie bei der Vorbereitung und Beratung unserer Delegierter auf Veranstaltungen wie den Juso-Bundeskongress helfen. Gleichzeitig wollen wir den vielfältigen Interessen gerecht werden, indem wir Projektgruppen stärken. In ihnen findet themen- und projektorientierte Arbeit statt, in der Jusos mit gleichen Interessen zusammenfinden und sich vernetzen können. Wir werden die Expertise unserer Mitglieder stärker bündeln, um so inhaltlich neue Maßstäbe zu setzen. Wir wollen

hierzu Projektgruppen in ihrer Arbeit unterstützen und unsere Mitglieder zur Mitarbeit in ihnen anregen. Aber auch die Arbeitskreise der Jusos Sachsen, die JSAG und JHGn, sind zusätzlich auch Rückzugsorte, in denen sich Gleichgesinnte austauschen und gegenseitig stärken können. Ihnen wollen wir auch in finanzieller Hinsicht mehr Selbstständigkeit einräumen und ihnen auch künftig die Möglichkeit geben, bei Fragen der Jusos Sachsen, die sie betreffen, mitzureden.

Verbandsinterne Kommunikation

Wir erheben die Transparenz unserer Arbeit zur Maxime.

Wir holen die Politik aus dem Hinterzimmer heraus und fangen bei uns selbst an. Wir wollen unsere Arbeit so transparent wie möglich gestalten. Nur mit der Überwindung der asymmetrischen Informationslage können wir eine faire verbandsinterne Beteiligung sicherstellen. Wir werden die Termine unserer Sitzungen und Gruppentreffen mitgliederoffen gestalten, versorgen unsere Mitglieder auf digitalen Wegen mit allen relevanten Informationen und binden sie aktiv in unsere Arbeit mit ein. Die Dokumentationen und Protokolle sind selbstverständlich für alle Mitglieder einsehbar. In der Vergangenheit war es nicht immer leicht, sich einen Überblick über die geltende Beschlusslage zu verschaffen. Wir veröffentlichen unsere Beschlusslagen daher künftig zeitnah und leicht nachvollziehbar. Wir erklären unsere Strukturen unseren Mitgliedern und insbesondere Neumitgliedern so, dass sie sich niedrigschwellig daran beteiligen können. Wir erwarten von unseren Vertreter:innen, Delegierten und Repräsentant:innen, dass sie ihr Tun und die Diskussionen, an denen sie teilhaben, offen an unseren Verband kommunizieren und sich an unsere Beschlüsse halten. Kompromisse und Absprachen gehören zum politischen Alltag selbstverständlich dazu, jedoch ist es wichtig, diese offen und nachvollziehbar zu gestalten. Auch an unserem Haushalt wollen wir künftig – vom Beschluss bis zur Umsetzung – transparenter arbeiten, damit die Verteilung der Mittel einer höheren Legitimation unterliegt.

Wir kommunizieren besser zwischen den Unterbezirken und dem Landesvorstand.

Unsere Unterbezirke sind ein wichtiger Bestandteil und ein Motor unserer Arbeit als Landesverband. Mit ihrer Arbeit vor Ort und ihren Anträgen zur Landesdelegiertenkonferenz leisten sie sowohl wichtige Arbeit bei der inhaltlichen Positionierung als auch für die Wahrnehmbarkeit der Jusos vor Ort. Diese Potenziale wollen wir in Zukunft noch stärker nutzen. Dazu braucht es eine stärkere Kommunikation der Unterbezirke untereinander, aber auch zwischen den Unterbezirken und dem Landesvorstand. Mit regelmäßigen Formaten fördern wir den

Austausch zwischen den Unterbezirken.

Wir laden neue Mitglieder sofort nach ihrem Eintritt zur Mitarbeit ein.

Wir werden auch in Zukunft aktiv um neue Mitglieder werben. Ein wichtiger Anlass hierfür wird die Bundestagswahl 2021 sein. Viele kreative Ideen und tatkräftige Hände bleiben jedoch auch in der Partei liegen, weil es uns nur gelingt, einen Bruchteil unserer Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu ermutigen. Das Potenzial unserer bereits bestehenden 1.500 Mitglieder wollen wir künftig besser ausschöpfen. Dafür werden wir das Konzept der Neujuso-Wochenenden überarbeiten, um die Neumitglieder direkt zu einer aktiven Mitarbeit in unserem Verband zu ermutigen. Wir werden gemeinsam mit den Unterbezirken Methoden erarbeiten, wie neu aufgenommene Mitglieder sich schneller bei den Jusos Sachsen zuhause fühlen, etwa durch schnelle, gezielte Ansprache.

Wahlkampf

Wir bringen unsere Inhalte und unsere Mitglieder in den Bundestag.

Das Jahr 2021 wird politisch durch die Bundestagswahl am 26. September dominiert werden. Vor allem in Sachsen bewerben sich viele Jusos um eine Bundestagskandidatur, oder sind sogar bereits nominiert. Unsere wichtigste Aufgabe wird im kommenden Jahr sein, ihre Bewerbungen zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, in den Bundestag einzuziehen, damit sie dort unsere Positionen vertreten können. Mit Olaf Scholz tritt für die SPD ein Mann als Kanzlerkandidat an, der erstmals in den Bundesvorstand der SPD gewählt wurde als viele unserer Mitglieder noch nicht einmal auf der Welt waren. Er steht damit so sehr wie fast kein:e andere:r Spitzenpolitiker:in der Partei für eine SPD, die alle Jahre wieder durch einen „Neuaufbruch“ überwunden werden soll. Bei Bundestagswahlen stehen jedoch keine Spitzenkandidat:innen zur Wahl, sondern Parteien und Abgeordnete – so wie unsere Jusos, die in den Wahlkreisen antreten. Wir werden uns daher für ein unzweideutig linkes Regierungsprogramm der SPD einsetzen. Die Zeiten sind vorbei, in denen Kanzlerkandidat:innen sich "Beinfreiheit" von ihrer Partei einfordern konnten und Olaf Scholz wird im Falle seiner Wahl seine langjährige Erfahrung und sein politisches Geschick im Sinne des Regierungsprogramms ausüben, das ihn ins Amt gebracht hat. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass die CDU nach 16 Jahren wieder in die Opposition geschickt wird und es nach der Wahl zu einer linken Regierung mit Beteiligung der SPD kommt. Als Jusos sind wir aufgrund der hohen Mobilisierbarkeit unserer Mitglieder eine unverzichtbare Stütze in jedem Wahlkampf. Dieser Aufgabe werden wir gerecht. Wir erwarten jedoch, dass die Zusammensetzung der SPD-Landesliste zur Bundestagswahl auch die Zusammensetzung der SPD Sachsen widerspiegelt und

sich unter den ersten drei Kandidat:innen auch eine Person unter 35 Jahren findet.

Wir unterstützen auch in anderen Bundesländern Jusos im Wahlkampf.

Es ist in vielen Unterbezirken gelebte Praxis, dass Jusos zu Wahlkämpfen Freund:innen in Partnerstädten besuchen und unterstützen. Diese Form der Solidarität wollen wir unterstützen, indem wir unsere Unterbezirke ermutigen, diese Chance wahrzunehmen und ihnen dabei helfen, sich zu vernetzen. Im Jahr 2021 finden voraussichtlich sechs Landtagswahlen statt: am 14. März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, am 25. April in Thüringen, am 6. Juni in Sachsen-Anhalt und am 26. September in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Diese gegenseitige Hilfe der Unterbezirke macht die deutschlandweite Stärke unseres Verbandes aus.

A-S01

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand; Jusos Dresden; JHGn; JSAG

Titel: **Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Sachsen**

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge die folgenden „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Sachsen“ zur Weiterleitung an den Landesvorstand der SPD Sachsen und mit dem Ziel der Ersetzung der bestehenden Fassung beschließen:

§ 1 Grundsatz
Die Jusos Sachsen sind eine Arbeitsgemeinschaft der SPD Sachsen im Sinne des Organisationsstatuts der SPD.

§ 2 Regelungshoheit
(1) Die Jusos Sachsen geben sich durch ihre Landesdelegiertenkonferenz ein eigenes Regelwerk, welches den Statuten der SPD und den „Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos) in der SPD“ auf Bundesebene nicht widerspricht. Das Regelwerk der Jusos Sachsen muss Regelungen zu den folgenden Punkten treffen:

- Mitgliedschaft und Mitwirkung,
- Aufbau und Organe neben der Landesdelegiertenkonferenz und dem Vorstand,
- Regelmäßigkeit, Größe, Zusammensetzung und Aufgaben der Landesdelegiertenkonferenz,

- Wahl, Kompetenzen und Aufgaben des Vorstandes,
- Finanzierung und Haushaltsführung.

(2) Das Regelwerk der Jusos Sachsen ist dem SPD-Landesvorstand zur Kenntnis vorzulegen.

§ 3 Übergangsbestimmungen

(1) Diese Richtlinie ersetzt die bisherigen „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Landesverband Sachsen“ vom 18.09.2020, sobald die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 S. 2 erfüllt sind.

(2) Durch Beschluss des Landesvorstandes der SPD Sachsen oder bei Nichterfüllung der Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 S. 2, tritt die zuletzt alle Voraussetzungen erfüllende Fassung wieder in Kraft.

A-S02

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand; Jusos Dresden; JHGn; JSAG

Titel: **Satzung der Jusos Sachsen**

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge die folgende „Satzung der Jusos Sachsen“ für den Fall der Möglichkeit einer Geltung im Rahmen der „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Sachsen“ beschließen:

§ 1 Grundsätze

(1) Der Landesverband trägt den Namen „Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Sachsen“ (Jusos Sachsen).

(2) Die Jusos Sachsen sind eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(3) Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes ist der Freistaat Sachsen, sein Sitz ist Dresden.

§ 2 Mitgliedschaft und Mitarbeit

(1) Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie Juso-Unterstützer und -Unterstützerinnen an.

(2) In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen können Jugendliche ohne Mitgliedschaft in der SPD die vollen Mitgliedsrechte auf allen Ebenen wahrnehmen, wenn sie den Jusos gegenüber ihre Mitarbeit

schriftlich erklären und keine Unvereinbarkeit gemäß § 6 Organisationsstatut der SPD besteht. Die Mitgliedschaft beginnt automatisch mit der schriftlichen Erklärung gegenüber den Jusos.

(3) Werden Personen vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jusos gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.

§ 3 Aufbau und Gliederung

(1) Der Aufbau der Jusos Sachsen entspricht dem der SPD Sachsen. Der Landesverband gliedert sich in Unterbezirke, deren Tätigkeitsgebiet entspricht den der SPD-Unterbezirke. Unterbezirke wählen mindestens alle zwei Jahre einen Vorstand auf einer Vollversammlung. Daneben gliedert sich der Landesverband in Arbeitskreise und Projektgruppen. Für dauerhafte strukturelle Aufgaben können Kommissionen eingerichtet werden.

(2) Kleinste Organisationseinheit ist die örtliche Arbeitsgemeinschaft (AG). Diese kann auf dem Gebiet von einem oder mehreren SPD-Ortsvereinen vom Unterbezirksvorstand gebildet werden. Im Bereich eines SPD-Ortsvereins darf es nur eine örtliche Juso-Arbeitsgemeinschaft geben.

§ 4 Arbeitskreise

(1) Es gibt folgende Arbeitskreise (AK) der Jusos Sachsen:

- Juso-Hochschulgruppen (JHG)
- Juso-Schüler:innen- und -Auszubildenden-Gruppen (JSAG)

(2) Die Arbeitskreise geben sich eigene Satzungen, welche nicht im Gegensatz den Richtlinien und der Satzung der Jusos Sachsen stehen. Die Arbeitskreise können regionale Untergliederungen gründen, welche dem Landesvorstand der Jusos und den betroffenen Unterbezirken anzuzeigen sind. Regionalgruppen dürfen beratende Mitglieder in die Vorstände und die Vollversammlungen der ihnen zugehörigen Unterbezirke entsenden. Beratenden Mitgliedern ist das Rede- und Antragsrecht einzuräumen.

(3) Der JHG gehören automatisch alle Mitglieder der Jusos Sachsen an, die als Studierende an einer Hochschule eingeschrieben sind. Zusätzlich kann die JHG oder ihre Untergliederungen weitere an Hochschulen eingeschriebene Studierende nach eigenem Verfahren aufnehmen.

(4) Der JSAG gehören automatisch alle Mitglieder der Jusos Sachsen an, die Schüler:innen, Auszubildende oder Freiwilligendienstleistende sind. Zusätzlich kann die JSAG oder ihre Untergliederungen weitere Schüler:innen, Auszubildende oder Freiwilligendienstleistende nach eigenem Verfahren aufnehmen.

(5) Jährlich findet für jeden Arbeitskreis wenigstens ein beschlussfassendes Landeskoordinierungstreffen (LKT) statt.

§ 5 Kommissionen

(1) Es gibt folgende Kommissionen der Jusos Sachsen:

- Anti-Sexismus-Kommission (ASK).

(2) Mitglieder einer Kommission werden auf zwei Jahre von der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen gewählt.

(3) Kommissionen stellen ihre Arbeit in Form eines Berichts auf der Landesdelegiertenkonferenz vor.

(4) Die ASK besteht aus maximal vier Mitgliedern, wobei darin nicht mehr als zwei Personen eines Geschlechts vertreten sein dürfen. Sie ist als vom Juso-Landesvorstand unabhängig zu verstehen. Ihre Mitglieder dürfen daher nicht gleichzeitig gewählte Mitglieder des Landesvorstands der Jusos Sachsen sein. Die ASK kümmert sich, in Ergänzung zur Arbeit der Jusos Sachsen, um Gleichstellungs- und Diskriminierungsthemen sowie um jegliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit innerhalb der Jusos Sachsen. In ihrem Bericht auf der Landesdelegiertenkonferenz stellt sie ihre Arbeitsweise, Maßnahmen und berichtenswerte Diskriminierungsfälle vor. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung des Juso-Landesvorstands in den entsprechenden Belangen,
- Ansprechpartnerin für Betroffene, eine entsprechende Kontaktmöglichkeit ist auf der Website der Jusos Sachsen bereitzustellen,
- Organisation von Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen bei Veranstaltungen der Jusos Sachsen, beispielsweise durch Awareness-Teams.

§ 6 Projektgruppen

Alle Gliederungsebenen können Projektgruppen bilden. Projektgruppen können für einmalige, zeitlich begrenzte Aufgaben, sowie für dauerhafte Aufgaben eingerichtet werden. Diese bestimmen eine:n oder mehrere gleichberechtigte Sprecher:innen auf höchstens zwei Jahre. Für mehrere Sprecher:innen gilt die Quotierung nach § 11 Abs. 3.

§ 7 Organe der Jusos Sachsen

(1) Organe des Landesverbandes sind:

- die Landesdelegiertenkonferenz (LDK),
- der Landesausschuss (LA),
- der Landesvorstand (LaVo).

(2) Die Organe der Jusos Sachsen tagen grundsätzlich mitgliederöffentlich und laden entsprechend ein. Für einzelne Tagesordnungspunkte kann per Beschluss davon abgewichen werden. Dies gilt entsprechend für alle Strukturen der Jusos Sachsen.

§ 8 Landesdelegiertenkonferenz

(1) Die Landesdelegiertenkonferenz ist das oberste Beschlussgremium der Jusos Sachsen. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:
a) Kontrolle der Arbeit des Landesvorstands und Landesausschusses, insbesondere die Entgegennahme der Berichte sowie die Beschlussfassung über die Entlastung des Landesvorstands,
b) Entgegennahme der Berichte der Kommissionen,
c) Beschlussfassung über die gestellten Anträge,
d) Wahl des Landesvorstands,
e) Wahl der Bundesausschussvertretung alle 2 Jahre,
f) jährliche Wahl der Delegierten zum Bundeskongress.

(2) Die Landesdelegiertenkonferenz setzt sich aus 85 Delegierten zusammen. Jeder Unterbezirk erhält zwei Grundmandate. Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie der Juso-Unterstützer und -Unterstützerinnen entsprechend dem Adams-Verfahren auf die Unterbezirke verteilt. Die Delegierten sind mindestens aller zwei Jahre auf einer Unterbezirkskonferenz zu wählen. Delegierte sind dem Landesverband spätestens zur Antragsfrist zu melden.

(3) Mitglieder des Juso-Landesvorstands, die Unterbezirksvorsitzenden und die Vorsitzenden der Arbeitskreise sowie die Sprecher:innen der Projektgruppen nehmen beratend mit Rederecht an der LDK teil.

(4) Die Landesdelegiertenkonferenz sollte jährlich stattfinden, spätestens aber 18 Monate nach der voran gegangenen Landesdelegiertenkonferenz. Sie wird vom Landesvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und der auf die Unterbezirke entfallenden Delegierten spätestens zwei Monate vorher einberufen. Der Antragsschluss liegt vier Wochen vor der Konferenz.

(5) Auf Beschluss von zwei Dritteln des Landesvorstands, zwei Fünftel der Unterbezirke, der Mehrheit des einfachen Landesausschusses oder auf Wunsch von zehn Prozent der Mitgliedschaft ist vom Landesvorstand eine außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen. In diesem Falle beträgt die Einberufungsfrist fünf Wochen, der Antragsschluss liegt drei Wochen vor der Konferenz.

(6) Die Landesdelegiertenkonferenz prüft die Legitimation der Delegierten, wählt die Leitung und bestimmt die Tages- und Geschäftsordnung. Sie ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist.

(7) Anträge, die zur Landesdelegiertenkonferenz nicht mehr beraten werden können, werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Landesausschuss überwiesen.

(8) Antragsberechtigt sind alle Gliederungen und Organe der Jusos Sachsen. Initiativanträge bedürfen der Unterschrift von mindestens zehn Delegierten. Über ihre Behandlung entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz.

§ 9 Landesvorstand

(1) Dem auf zwei Jahre gewählten, stimmberechtigten Landesvorstand gehören an:

- ein:e Landesvorsitzende:r oder zwei gleichberechtigte Landesvorsitzende, davon eine Frau,
- eine von der Landesdelegiertenkonferenz zu bestimmende Anzahl an stellvertretenden Landesvorsitzenden.

(2) Die Vorsitzenden des Landesausschusses nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesvorstandes teil. Der Landesvorstand zieht weiterhin

Sprecher:innen der Kommissionen, Arbeitskreise und Projektgruppen, die:den Jugendreferent:in sowie die Vorsitzenden der Unterbezirke als beratende Mitglieder hinzu.

(3) Der Landesvorstand

- führt die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen aus,
- erledigt die laufenden Geschäfte,
- vertritt die Jusos Sachsen in der Öffentlichkeit,
- koordiniert die politische und organisatorische Arbeit des Landesverbandes und fasst dazu Beschlüsse.

§ 10 Landesausschuss

(1) Der Landesausschuss ist das oberste Beschlussgremium der Jusos Sachsen zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. Er hat folgende Aufgaben:
a) Kontrolle der Arbeit des Landesvorstands und der Umsetzung der Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen,
b) Beschlussfassung über den Haushalt der Jusos Sachsen,
c) Beratung und Unterstützung des Landesvorstandes,
d) Information und Koordination zwischen den Unterbezirken und mit dem Landesvorstand,
e) Beschlussfassung über Anträge, die von der Landesdelegiertenkonferenz nicht mehr beraten werden konnten.

(2) Dem Juso-Landesausschuss gehören insgesamt 22 stimmberechtigte Mitglieder an. Stimmberechtigte Mitglieder des Juso-Landesvorstandes sind von der ordentlichen Mitgliedschaft im Landesausschuss ausgeschlossen. Die Mitglieder werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder im Juso-Alter sowie Juso-Unterstützer:innen nach dem Adams-Verfahren auf die Unterbezirke verteilt. Die Delegierten zum Landesausschuss werden spätestens alle zwei Jahre von den Unterbezirkskonferenzen gewählt. Die jeweiligen Gesamtdelegationen aus stimmberechtigten sind nach § 11 Abs. 3 quotiert zu wählen. Die Wahl einer beliebigen Zahl von Ersatzdelegierten ist möglich.

(3) Der Landesausschuss wählt alle zwei Jahre ein Präsidium (LA-Präsidium), dem die Koordinierung des Landesausschusses und die Leitung sowie Protokollierung der Sitzungen obliegt. Dem LA-Präsidium gehören ein:e

Vorsitzende:r oder zwei Vorsitzende, davon min. eine Frau, sowie zwei stellvertretende Vorsitzende, davon min. eine Frau, an. Die Mitglieder des Präsidiums müssen keine Mitglieder des Landesausschusses sein

(4) Der Juso-Landesvorstand, die Unterbezirksvorsitzenden und die Vorsitzenden der Arbeitskreise sowie die Sprecher:innen der Projektgruppen nehmen mit beratender Stimme am Juso-Landesausschuss teil. Der Landesvorstand gibt zu jeder Sitzung einen Tätigkeitsbericht ab.

(5) Der Landesausschuss tagt mindestens einmal im Quartal. Die Einberufung erfolgt mindestens zwei Wochen vorher durch das Präsidium. Gibt es kein Präsidium erfolgt die Einladung ersatzweise durch den Landesvorstand oder ein Drittel der Unterbezirke. Zusätzlich ist eine Sitzung auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder des Landesausschusses einzuberufen. Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.

§ 11 Wahlen

(1) Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der Wahlordnung der SPD.

(2) Beschlüsse werden mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, soweit die Arbeitsrichtlinien nichts anderes bestimmen.

(3) Mindestens 40 Prozent der Mitglieder eines Vorstands, der Vorsitzenden, Sprecher:innen oder der zu wählenden Delegationen müssen Frauen sein. Bei der Feststellung der Zahl der mindestens zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen, die einem Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die Hälfte betragen. Stehen für die Mindestzahl an Plätzen für Frauen zum Zeitpunkt der Wahl keine weiblichen Kandidatinnen zur Verfügung, können diese später durch weibliche Kandidatinnen nachbesetzt werden, andernfalls bleiben sie unbesetzt.

(4) In einem ersten Wahlgang sind nur die Kandidaten und Kandidatinnen gewählt, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht haben. Sind in einem ersten Wahlgang nicht alle Parteiämter besetzt worden, weil keine ausreichende Zahl von Kandidaten und Kandidatinnen mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht hat, dann findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die Kandidaten und Kandidatinnen mit der höchsten Stimmenzahl gewählt sind.

§ 12 Haushalt

(1) Die Jusos Sachsen geben sich jährlich einen Haushaltsplan auf Basis der ihnen direkt zugewiesenen Mittel und der Mittel, die ihnen in Kooperationen mit ihren Partner:innen zustehen. Bei der Haushaltsplanung sind insbesondere die Arbeitskreise angemessen zu berücksichtigen und mit einem entsprechenden Grundbudget für die Durchführung von mindestens einem LKT auszustatten.

(2) Das Haushaltsjahr der Jusos Sachsen entspricht dem Haushaltsjahr der SPD Sachsen.

(3) Der Landesvorstand bestimmt aus seiner Mitte eine Person, die verantwortlich für die Finanzen der Jusos Sachsen ist. Diese Person erarbeitet in Abstimmung dem Landesvorstand einen Vorschlag zum Haushaltsplan, welcher vom Landesausschuss mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.

(4) Liegt für das laufende Haushaltsjahr kein gültiger Haushalt vor, tritt eine vorläufige Haushaltsführung in Kraft. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wird je ein Zwölftel der Mittel des alten Haushaltsplans im Rahmen ihrer ursprünglichen Zweckbindung monatsweise zur Verwendung freigegeben. Falls der Landesausschuss innerhalb von acht Wochen nach der Erstellung des Haushaltsvorschlags keinen Beschluss trifft, geht die Aufgabe der Beschlussfassung vom Landesausschuss an den Landesvorstand über.

§ 13 Inkrafttreten, Gültigkeit und Änderungen

(1) Diese Satzung gilt im Rahmen der „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Sachsen“.

(2) Die Satzung wird mit Zweidrittelmehrheit von der Landesdelegiertenkonferenz beschlossen und geändert. Änderungen treten mit Veröffentlichung in Kraft.

(3) Unterbezirke können sich eigene Satzungen geben, die dieser Satzung nicht entgegenstehen.